

Stand: 06.05.2024 14:35:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/10461

"Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/10461 vom 15.04.2008
2. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 16.04.2008
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/11037 des SO vom 08.05.2008
4. Beschluss des Plenums 15/11323 vom 16.07.2008
5. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer, Dr. Thomas Zimmermann**, Annemarie Biechl, Gudrun Brendel-Fischer, Hermann Imhof, Christa Matschl, Ingeborg Pongratz, Martin Sailer, Berta Schmid, Sylvia Stierstorfer, Peter Winter und **Fraktion CSU**

Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass den Krankenhäusern eine Refinanzierung der tariflichen Personalkostensteigerungen ermöglicht und der im Rahmen des GKV-WSG eingeführte Sanierungsbeitrag abgeschafft wird.

Begründung:

Die Bemühungen, die Beitragssätze der Gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren, dürfen die Krankenhäuser nicht in ernstzunehmende, finanzielle Schwierigkeiten bringen. Die deutliche Steigerung der Personalkosten durch die neuen Tarifverträge im öffentlichen Dienst kann von den Krankenhäusern nicht mehr refinanziert werden. Die Folge wäre ein weiterer massiver Personalabbau in den Krankenhäusern, der die Patientenversorgung beeinträchtigt. Das Vergütungsrecht muss daher die Möglichkeit schaffen, diese Kostensteigerung zusätzlich zu berücksichtigen.

Zur Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge wurde im Rahmen des GKV-WSG auch den Krankenhäusern ein Sanierungsbeitrag abverlangt. Die Krankenhäuser haben damit in den Jahren 2007 und 2008 ihren Beitrag zur Ausgabenstabilisierung geleistet. Eine weitere Belastung ist nicht mehr tragbar. Der Sanierungsbeitrag, insbesondere der pauschale Rechnungsabzug von 0,5 Prozent, ist abzuschaffen.

Plenarprotokoll Nr. 120 vom 16.04.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell,
Joachim Unterländer u.a. und Fraktion CSU**

Drs. 15/10461

Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung

I. Beschlussempfehlung:

Z u s t i m m u n g

Berichterstatter: **Joachim Unterländer**
Mitberichterstatter: **Joachim Wahnschaffe**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 95. Sitzung am 08. Mai 2008 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Enthaltung
Z u s t i m m u n g empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 211. Sitzung am 26. Juni 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Enthaltung
Z u s t i m m u n g empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 60. Sitzung am 08. Juli 2008 mitberaten und für e r l e d i g t erklärt.

Joachim Wahnschaffe
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer, Dr. Thomas Zimmermann,** Annemarie Biechl, Gudrun Brendel-Fischer, Hermann Imhof, Christa Matschl, Ingeborg Pongratz, Martin Sailer, Berta Schmid, Sylvia Stierstorfer, Peter Winter und **Fraktion CSU**

Drs. 15/10461, 15/11037

Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass den Krankenhäusern eine Refinanzierung der tariflichen Personalkostensteigerungen ermöglicht und der im Rahmen des GKV-WSG eingeführte Sauerungsbeitrag abgeschafft wird.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)